Herr Dr. Tengler führte aus, dass das Thema Gewerbeflächen schon mehrfach im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus behandelt worden sei. Seit Mitte letzten Jahres liege das Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Sieg-Kreis vor. Kurze Zeit später sei auch das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Bonn fertiggestellt worden. Im Rahmen eines Spitzengesprächs bei der Bezirksregierung, an dem Landrat Schuster, Oberbürgermeister Sridharan der Stadt Bonn, Bürgermeister Raetz (als Sprecher der Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises) sowie Herr Dr. Tengler (Wirtschaftsförderer Rhein-Sieg-Kreis) teilgenommen hätten, sei vorgeschlagen worden, beide Konzepte zusammenzuführen. Zielsetzung war, dass Flächen, die in Bonn benötigt, dort aber nicht dargestellt werden könnten, nicht entfallen, sondern dem Rhein-Sieg-Kreis und dann als interkommunale Gewerbegebiete der jeweiligen Standortkommunen im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn entwickelt werden. Damit würde die Voraussetzung geschaffen, dass auch Betriebe und die Arbeitsplätze, die in Bonn nicht gehalten werden können, in der Region bleiben.

Herr Geyer, vom Planungsbüro Dr. Jansen GmbH, führte aus, dass die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis Schwierigkeiten hätten, den Betrieben die gewünschten Gewerbeflächen zur Verfügung stellen zu können, obwohl nach den Ausweisungen der bestehenden Regionalplanung bzw. dem Flächennutzungsplan genügend Flächen disponiert seien. Aus diesem Grund wurden die festgeschriebenen Flächen auf tatsächlichen Bestand geprüft und aufgenommen. Hieraus sollte sich ergeben, wo die Flächenreserven liegen, welche Nutzungen geplant und wie disponibel die Flächen sind. Im Ergebnis habe sich gezeigt, dass die Flächen weitgehend nicht im Eigentum der Wirtschaftsförderung oder der Kommunen stehen; es handele sich um private Flächen, über die nicht verfügt werden könne, weil die Eigentümer eine andere Verwendung planten. Dadurch fehlten natürlich große Mengen Flächen, die zwar zeichnerisch dargestellt, faktisch aber nicht verfügbar seien.

Hinzu käme, dass sich die Reserven aus einer Vielzahl kleiner und Kleinstflächen aufaddiert hätten. Sehr kritisch sei es mit diesen Flächen im östlichen Rhein-Sieg-Kreis. Die Kommunen mit Industrieprofilen, z.B. Eitorf, benötigten natürlich großzügig zusammenhängende Industrieflächen. Dieser Widerspruch zwischen der ausgewiesenen Planung und dem tatsächlichen Bedarf musste ausgeräumt werden. Mit Blick auf den in der Neuaufstellung befindlichen Regionalplan stand die Suche nach neuen Flächen im Vordergrund. Denn nur, wenn die Neuausweisung von Gewerbe- oder Industrieflächen im Regionalplan gelingen würde, könne dies in die kommunale Bauleitplanung eingehen. In Abstimmung mit allen zu beteiligenden Fachbereichen wurden sämtliche Schutzregimes (Umwelt, Natur, Soziales, Wohnen, Mobilität) übereinandergelegt. Im Ergebnis blieben dann einige Suchräume (sog. „Weißflächen“) übrig, über die dann ggf. disponiert werden könnte im Hinblick auf eine aufbauende gewerbliche Entwicklung. Diese „Weißen Flecken“ wurden in Abstimmung mit den Kommunen und der Bezirksregierung bereit, um festzustellen, unter welchen Prämissen diese Flächen einer Entwicklung zugeführt werden könnten. Die Ergebnisse sind im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises dokumentiert.

Von Seiten der Stadt Bonn wurde die gleiche Problemstellung an das Planungsbüro herangetragen. In Bonn sei jedoch die Flächenverfügbarkeit noch dramatischer. Bonn sei kein Standort, der Industrieflächen beherberge, sondern die Industrieflächen unterlägen großer Nutzungskonkurrenz. Frei werdende Flächen würden nicht unbedingt wieder der bisherigen Nutzung zugeführt, sondern als Dienstleistungsstandort genutzt oder dem Wohnen zugeführt. Bonn verliere sukzessive sein Industrieprofil. Hinzu käme, dass die Arbeitnehmer nicht, jedenfalls nicht über eine große Entfernung, dem Betrieb folgten, was bis zur Arbeitslosigkeit führen könne.

Gleichwohl werde die Stadt Bonn immer noch als „wohlhabende Stadt“ bewertet. Es gebe aber eine starke Polarisierung. Für das soziale Gefüge in der Stadt Bonn und in der Region sei es sehr wichtig, die industriellen Arbeitsplätze zu halten. Fehlende Flächenreserven für

Industriebetriebe würden sich noch dramatischer auswirken als für den Rhein-Sieg-Kreis.

Mit der Bezirksregierung sei daher vereinbart worden, beide Konzepte zu einem Fachgutachten zusammen zu führen. Hierbei sei festgestellt worden, dass die Stadt Bonn einen größeren Auslagerungsbedarf habe. Es stelle sich die Frage, wo im Rhein-Sieg-Kreis diese Komplementärfunktion, den regionalen Bedarf, der sich aus dem Standort der Stadt Bonn ergebe, übernommen werden könne.

Im Osten des Rhein-Sieg-Kreises bestehe leider die Situation, dass dort aufgrund der Topografie und der Schutzregime kaum die Möglichkeit bestehe, die Kommune mit ihrem eigenen Bedarf zu bedienen.

Im mittleren Rhein-Sieg-Kreis verhalte es sich ähnlich. Die Stadt Troisdorf sei extrem industriell profiliert und löse damit natürlich auch Industriebedarf aus, der auch nicht mehr im eigenen Gebiet gedeckt werden könne. Deshalb sei eine interkommunale Abstimmung mit der Stadt Niederkassel begonnen worden.

Im südlichen Rhein-Sieg-Kreis gebe es aufgrund der topographischen Tallage kaum Erweiterungsmöglichkeiten. In Sankt Augustin gebe es noch Flächen, die zusammen mit Bonn organisiert werden könnten.

Tatsächlich könne jedoch nur der linksrheinische Teil des Rhein-Sieg-Kreises für die interkommunale Zusammenarbeit eine nennenswerte Rolle spielen. Es müsse ein abgewogener regionaler Ausgleich stattfinden, wie die Betriebe in der Region gehalten werden können. Im gemeinsamen Fachgutachten sind die Grundlagen für die interkommunale Zusammenarbeit definiert und mit den Kommunen abgestimmt worden. Jetzt werden Grundsätze erarbeitet, wie diese Flächen genutzt, hergerichtet und welche Aufteilungsmodalitäten gefordert werden. Zurzeit liefen bereits Gespräche zwischen der Stadt Rheinbach, der Stadt Bonn und der Bezirksregierung um Aufnahme von neuen Flächennutzungen in den Regionalplan.

Abschließend wies Herr Geyer darauf hin, dass die Bauleitplanung in der Zuständigkeit der Kommunen liege. Ob diese Flächen dann aus dem Regionalplan in die jeweilige kommunale Planung übernommen würden, liege allein in der hoheitlichen Zuständigkeit der jeweiligen Kommune. Den Kommunen sei ein Entwicklungsrahmen eröffnet worden, der es erlaube, Betriebe, die sich weiterentwickeln wollen, zu halten.

Herr Dr. Tengler ergänzte, dass er eine Aussage der Regierungspräsidentin wiedergegeben dürfe: Ihres Wissens sei der Rhein-Sieg-Kreis die erste Gebietskörperschaft in Nordrhein-Westfalen, die mit der regionalen/interkommunalen Zusammenarbeit Pionierarbeit geleistet habe. Diese Aussage sei auch vom Wirtschaftsminister bestätigt worden. Bisher sei noch keine solche Kooperation gestartet worden.

Abg. Hoffmeister bedankte sich für die fachliche Ausführung von Herrn Geyer. Es sei ein großer Fortschritt. In 2016 hätten DIE GRÜNEN gegenüber der Stadt Bonn formuliert „alles was stinke und viel Fläche verbrauche, schwappe rüber in den Rhein-Sieg-Kreis“. Diese Aussage treffe nicht mehr zu, was auch den Ausführungen von Herrn Geyer zu entnehmen sei.

Ihm habe jedoch folgendes gefehlt: Bonn veredele seine Flächen, aus Industriegelände werde Dienstleistung oder Wohnnutzung. Allerdings könnte der Rhein-Sieg-Kreis aufgrund seiner Kompetenzen auch veredeln, indem Gewerbegebiete neuen Typs geschaffen werden, die sehr radikale Zäsur zwischen Wohnen und Gewerbe aufgebrochen werde, eigene Mobilitäts- und Energiekonzepte erstellt und umgesetzt werden. Zudem sollten Gewerbegebiete ein anderes Qualitätsbild zeigen. Dann würden sie für Investoren attraktiver, aber auch für Kommunen.

Abg. Josten-Schneider dankte Herrn Geyer für die Vorstellung des Fachbeitrages. Das Thema sei nach wie vor aktuell und sowohl für die Stadt Bonn als auch für den Rhein-Sieg-Kreis und die gesamte Region von großer Bedeutung. Denn alle hätten eine Verantwortung gegenüber der heimischen Wirtschaft und den Familien, die ihren Arbeitsplatz hier vor Ort hätten. Die

Verantwortung für die Menschen in der von Gewerbe/Industrie geprägten Region gebiete es, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region wichtigen Ansiedlungen bzw. Erweiterungen und natürlich auch die Erhaltung von Betrieben auch stattfinden könne. Ein wichtiges Anliegen sei es aber auch für sie als Politikerin des Stadtrates und nicht nur als Mitglied des Kreistages, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit der Kommunen bzw. der Stadträte handele und damit vor Ort Verantwortung bestehe.

SkB Peter bedankte sich herzlich für dieses Gutachten und die eingebrachten Ideen. Die Aussagen des Abg. Hoffmeister seien ein wichtiger Ansatz. Es stellten sich aber noch eine ganze Reihe von Fragen: Wie verhalte es sich mit einer Flächenneuordnung, damit sog. Handtuchgrundstücke zu einer nutzbaren Fläche zusammengeführt werden können? Eine weitere Frage sei, ob die durchgeführte Untersuchung nicht einem anderen Ansinnen widerspräche, dass eben im Rahmen eines Flächennutzungsplans oder eine Überplanung des ländlichen Gebiets möglichst ein zusätzlicher Flächenverbrauch vermieden werden soll? Wenn große Grundstücke bestünden, die industrielle Interessen bedienen sollen, dann müsse die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Gibt es hierzu Ideen, wie diese Infrastrukturkosten/Unterhaltungskosten in die Diskussion eingebracht werden könnten? Habe man sich Gedanken darüber gemacht, wie Gewerbesteueraufteilungen erfolgen sollen? Welche Abstimmungen sind möglich/schon getroffen worden, denn immerhin werde in das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingegriffen?

Abschließend sei erwähnt, dass das Ansinnen, die größtmöglichen Synergien zu ziehen, begrüßt werde.

Herr Geyer antwortete, dass das Thema Flächenneuordnung natürlich eine wesentliche Rolle spiele. Aber es sei auch festgestellt worden, dass die Brachflächen nicht immer ohne Grund brach liegen. Oft stimmten die Standortfaktoren nicht mehr, weil die eine oder andere Altlast bestehe oder Eigentumsverhältnisse sehr schwierig zu ermitteln seien. Hier sei ein hoher Verwaltungsaufwand erforderlich. Eigentlich müsse ein Zwischenhändler eingeschaltet werden, der die Flächen erwerbe, sie aufbereite und dann wieder auf dem Markt anbiete.

Hier sei die Landesregierung zu kritisieren, die nicht ausreichend Mittel disponiere, um dieses Thema wirklich nachhaltig anzugehen. Es bestehe zwar eine Reihe von Förderprogrammen. Diese könnten jedoch wegen der kurzen Förderperiode nur für bestehende Flächen in Anspruch genommen werden. Zudem sei damit ein großer bürokratischer Aufwand verbunden, den die Kommunen nicht noch nebenbei leisten könnten.

In Bezug auf die angesprochene Infrastruktur bestätigte Herr Geyer die Aussage, dass eine funktionierende Infrastruktur unabdingbar sei. Gleichwohl müsse man immer gegenrechnen, was passiert, wenn hier nicht nachgebessert wird, wenn der Betrieb wegzieht, weil er sich nicht erweitern könne. Hier müsse bedacht werden, dass mit dem Betrieb natürlich auch Arbeitnehmer und ihre Familien wegziehen, Gewerbesteuer und andere Einnahmen wegbrechen. Insoweit stehe bei diesen Überlegungen nicht das Aufrechnen im Vordergrund, sondern die Entscheidung, was verliere ich als Kommune mit dem Wegzug einer Firma.

Zum Stichwort „Flächenfraß“ führte er aus, dass dies über die Erschließung (Kosten) geregelt werden könne. Natürlich müssten aber auch weitere Flächen in Anspruch genommen werden.

Abg. Läggl dankte zunächst für die guten Ansätze des Konzeptes und fragte nach dem „Wie geht es weiter?“. Aus der Presse sei zu erfahren gewesen, dass es konkrete Empfehlungen der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen Sankt Augustin-Bonn bzw. Bonn-Rheinbach gebe. Hat das Planungsbüro hierauf Einfluss oder sei dies nur Angelegenheit der Kommunen?

Herr Geyer bemerkte hierzu, dass zurzeit in Alfter geprüft werde, wie eine Zusammenarbeit umgesetzt werden könne. Der nächste Schritt werde Rheinbach sein. Die Zusammenarbeit müsse stetig wachsen und sich aus den gemachten Erfahrungen entwickeln.

Herr Dr. Tengler wies darauf hin, dass die Entscheidung, wie und ob dieses gemeinsame Gewerbeflächenkonzept umgesetzt werde, allein in der Zuständigkeit der Kommunen liege. Man habe den Kommunen in diesem Konzept mögliche Strategien und Lösungsansätze aufgezeigt.

Abg. Hoffmeister betonte, dass Flächenfraß statfinde und verwies beispielhaft auf einen Discounter, der grundsätzlich eingeschossig baue mit weiträumigen Parkplatz sowie großzügigem Freiräumen. Hier sei ein anderes Denken erforderlich, welches durch die neuen Ansätze im vorgelegten Gutachten unterstützt werde. Deshalb sei dies schon beim Aufbau eines Gewerbegebietes zu beachten. Jede Fläche steht in Konkurrenz zwischen Wirtschaft, Natur und Mensch. Dass dieses Nebeneinander/Miteinander gut funktionieren könne, zeige das Beispiel Freiburg. Dort bestehe Dienstleistung, Wohnen und Gewerbe auf engstem Raum. Er empfehle jedem Beteiligten, sich diesen Standort einmal anzusehen, um den Anforderung der interdisziplinären Zusammenarbeit standhalten zu können. Seine Fraktion wolle diese Verantwortung aktiv unterstützen und mittragen.

Diese Aussage unterstrich die sv. Vorsitzende, Abg. Becker, denn es gehe auch um die Menschen und die Sicherung der Arbeitsplätze.

Abg. Kunert ergänzte hierzu, dass auch die Auspendler zu berücksichtigen seien.

SkB Esser bedankte sich für die Vorstellung des Konzeptes. Er merkte an, dass die Gemeinde Windeck über ein großes Gewerbegebiet verfüge. Windeck habe es jedoch schwer, Gewerbe anzusiedeln. Er fragte, ob es für Windeck spezielle Überlegungen gäbe.

Herr Geyer antwortete, dass die Gemeinde Windeck kein gewerbliches Profil habe, sondern tatsächlich ein landschaftsbezogenes bzw. touristisches Profil. Dennoch seien auch für Windeck die Erhaltung und der Ausbau gewerblicher Arbeitsplätze wichtig, allerdings seien viele Standortfaktoren (Anbindung, Erreichbarkeit) nicht optimal.

Die Ausführungen von Herrn Geyer wurden zur Kenntnis genommen.

Anmerkung der Schriftführerin: Aus Kostengründen werden das „Gewerbeflächenkonzept 2035 für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises“ und das „Gemeinsame Fachgutachten Gewerbe- und Industrieflächen Bonn und Rhein-Sieg-Kreis“ ausschließlich der digitalen Niederschrift im Kreisinformationssystem beigefügt sowie auf der Internetseite (www.rhein-sieg-kreis.de) eingestellt.